

Kurzprotokoll der Junisession 2000

- [Übersicht](#)
- [Rechtsetzung](#)
- [Finanzvorlagen](#)
- [Rechenschaftsberichte](#)
- [Rücktritte](#)
- [Motionen](#)
- [Postulate](#)
- [Interpellationen](#)
- [Einfache Anfragen](#)

Übersicht

Am Montag und am Dienstagvormittag, dem 5. und dem 6. Juni 2000, fand unter dem Vorsitz von Ruedy Scheidegger, Dagmersellen, eine Session des Grossen Rates statt. Am Dienstagnachmittag, dem 6. Juni, wurden die Fraktionsausflüge durchgeführt.

Hauptgeschäfte der Session waren die 2. Beratung der Departementsreform und die 1. Beratung einer Änderung des Sozialhilfegesetzes. Mit Dekret sprach sich der Rat weiter für einen Ausbau der K 10 in Escholzmatt aus. Ferner genehmigte er die Abrechnung über den Bau des Entlastungskanals Steinibach in der Gemeinde Horw und die Abrechnung über den Ausbau der Kantonsstrasse K 14 Büron–Triengen. Sodann behandelte der Rat den Schlussbericht zu Luzern '99 und den Bericht zum Teilprojekt Gerichtsreform und wies zwei vom Regierungsrat vorgelegte Geschäfte den ständigen Kommissionen zur Vorberatung zu.

Der Rat behandelte des Weiteren 15 parlamentarische Vorstösse. Eröffnet wurde der Eingang von 5 parlamentarischen Vorstössen. Die für einen Vorstoss beantragte dringliche Behandlung wurde abgelehnt und der Vorstoss daraufhin von der Postulantin zurückgezogen. Von den 24 traktandierten Geschäften wurde 1 parlamentarischer Vorstoss nicht behandelt.

Rechtsetzung

Departementsreform. Die Entwürfe einer Änderung des Organisationsgesetzes und weiterer damit zusammenhängender Erlassänderungen (Departementsreform) gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 25. Januar 2000 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 8 vom 26. Februar 2000, S. 508) wurden in 2. Beratung behandelt (Staatspolitische Kommission unter dem Vorsitz ihres Vizepräsidenten Konrad Vogel, Horw) und mit 98 gegen 0 Stimmen gutgeheissen. Mit der Neugliederung der Departemente wird beabsichtigt, die Arbeitsbelastung gleichmässig auf die Departementsvorsteherinnen und -vorsteher zu verteilen, die Aufgabenbereiche möglichst homogen zu gliedern und die politische Gewichtung der Departemente auszugleichen. Gemäss der Gesetzesänderung wird die Verwaltung neu in folgende sieben Departemente gegliedert: Bau- und Verkehrsdepartement, Bildungsdepartement, Finanzdepartement, Gesundheits- und Sozialdepartement, Justiz-, Gemeinde- und Kulturdepartement, Sicherheitsdepartement und Wirtschaftsdepartement. Die Gesetzesänderung (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 23 vom 10. Juni 2000, S. 1492) unterliegt dem fakultativen Referendum; Ablauf der Referendumsfrist: 9. August 2000.

Lastenausgleich in der Sozialhilfe. Der Entwurf einer Änderung des Sozialhilfegesetzes

(Lastenausgleich in der Sozialhilfe) gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 18. April 2000 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 20 vom 20. Mai 2000, S. 1289) wurde in 1. Beratung behandelt (Kommission Gesundheit, Arbeit und soziale Sicherheit unter dem Vorsitz von Ursula Stämmer, Luzern) und gutgeheissen. Mit der Gesetzesänderung sollen Gemeinden mit kantonal überdurchschnittlich hohen Ausgaben in der Sozialhilfe entlastet werden. Der Ausgleich soll über einen Pool finanziert werden, der von den Gemeinden und vom Kanton mit Beiträgen in der Höhe von je 1,9 Millionen Franken jährlich gespiesen wird. Diese Übergangslösung ist bis zum Jahr 2004 befristet und soll ab 2005 durch eine Regelung im Rahmen der Aufgabenneuverteilung zwischen Kanton und Gemeinden ersetzt werden. Das Beratungsergebnis wurde zur redaktionellen und gesetzestechnischen Überprüfung an die Redaktionskommission (Vorsitz: Albert Mattmann, Ebikon) und zur Vorbereitung der 2. Beratung an die vorberatende Kommission gewiesen.

Finanzvorlagen

Ausbau der K 10. Der Entwurf eines Dekrets über einen Sonderkredit für den abgeänderten Ausbau der Kantonsstrasse K 10 und die Aufhebung von sechs SBB-Niveauübergängen im Abschnitt Dorf Escholzmatt–Wiggen, Gemeinde Escholzmatt, gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 18. April (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 20 vom 20. Mai 2000, S. 1290) wurde behandelt (Kommission Verkehr und Bau unter dem Vorsitz von Rico De Bona, Littau) und mit 103 gegen 0 Stimmen gutgeheissen. Der Grosse Rat bewilligte damit einen Sonderkredit in der Höhe von 23,2 Millionen Franken und erstrebt mit dem abgeänderten Projekt eine Einsparung von 4,3 Millionen Franken gegenüber dem ursprünglich geplanten Ausbau der Kantonsstrasse K 10 in Escholzmatt mit der Aufhebung von neun statt sechs SBB-Niveauübergängen. Das Dekret (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 23 vom 10. Juni 2000, S. 1499) unterliegt dem fakultativen Referendum; Ablauf der Referendumsfrist: 9. August 2000.

Abrechnung Steinibachkanal. Der Entwurf eines Grossratsbeschlusses über die Genehmigung der Abrechnung über den Bau des Entlastungskanals Steinibach in der Gemeinde Horw gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 5. Mai 2000 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 22 vom 3. Juni 2000, S. 1432) wurde behandelt (Kommission Verkehr und Bau unter dem Vorsitz von Rico De Bona, Littau) und gutgeheissen. Die Bauabrechnung konnte mit einer Kostenunterschreitung von 66'000 Franken abgeschlossen werden.

Abrechnung K 14 Büron–Triengen. Der Entwurf eines Grossratsbeschlusses über die Genehmigung der Abrechnung über den Ausbau der Kantonsstrasse K 14 Büron–Triengen, Abschnitt Dorfausgang Büron–Grenze Triengen, Gemeinde Büron, gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 5. Mai 2000 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 22 vom 3. Juni 2000, S. 1432) wurde behandelt (Kommission Verkehr und Bau unter dem Vorsitz von Rico De Bona, Littau) und gutgeheissen. Die Bauabrechnung konnte mit einer Kostenunterschreitung von 1,8 Millionen Franken abgeschlossen werden.

Rechenschaftsberichte

Schlussbericht Luzern '99. Der Schlussbericht zum Projekt Luzern '99 (Massnahmen für eine Strukturreform im Kanton Luzern) gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 21. März 2000 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 15 vom 15. April 2000, S. 976) wurde behandelt (Staatspolitische Kommission unter dem Vorsitz von Ruedi Amrein, Malters) und genehmigt. In dem Bericht wird der Bearbeitungsstand der 26 Teilprojekte von Luzern '99 aufgezeigt, welche 1997 in Angriff genommen wurden. Die meisten Projekte sind abgeschlossen oder befinden sich in der Umsetzungsphase. Über die Teilprojekte Gerichtsreform und Gemeindereform wurden dem Grossen Rat separate Berichte vorgelegt.

Gerichtsreform. Der Bericht zum Teilprojekt Gerichtsreform von Luzern '99 gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 21. März 2000 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 15 vom 15. April 2000, S. 980) wurde behandelt (Staatspolitische Kommission unter dem Vorsitz von Ruedi Amrein, Malters) und in ablehnendem Sinn zur Kenntnis genommen. Der Regierungsrat hatte dem Grossen Rat mit seinem Bericht beantragt, den Auftrag zur Erarbeitung einer Botschaft für die Zusammenlegung von Obergericht und Verwaltungsgericht zu erteilen. Der Grosse Rat folgte diesem Antrag nicht. Er beauftragte stattdessen den Regierungsrat, eine Reform der Gerichte im Rahmen der Totalrevision der Staatsverfassung vorzubereiten und organisatorische Massnahmen zur Steigerung der Effizienz des Gerichtsbetriebs,

welche keiner Verfassungsänderung bedürfen, unverzüglich an die Hand zu nehmen

Rücktritte

Grosser Rat. Bekannt gegeben wurde der Rücktritt aus dem Rat von

- Keiser Edith, Emmen, auf Ende Junisession,
- Stämmer Ursula, Luzern, auf Ende Julisession,
- Amrein Irmgard, Sursee, auf Ende Julisession
- Kaufmann Robert, Schenkon, auf Ende Julisession.

Verwaltungsgericht. Bekannt gegeben wurde der Rücktritt als Ersatzrichter am Verwaltungsgericht von Kurt Bieder, Luzern.

Motionen

Abgelehnt wurden die Motionen

- M 24 von Rosemarie Stocker, Adligenswil, über die Parkraumbewirtschaftung auch bei Einkaufszentren,
- M 640 von Louis Schelbert, Luzern, über die Einführung einer Ausgabenbremse bei Verwaltungsreformen

Postulate

Erheblich erklärt wurden die Postulate

- von Vreni Moser, Luzern, über eine gesetzliche Grundlage für regionale Zusammenarbeit in der neuen Staatsverfassung (als Motion M 100 eingereicht),
- P 102 von Eva Zihlmann, Horw, über die Erstellung eines Elektrosmog-Katasters,
- von Hans Aregger, Buttisholz, über das Radwegkonzept im Rottal (als Motion M 101 eingereicht),
- P 126 von Damian Meier, Wolhusen, über einen Rad- und Gehweg zwischen Ruswil und Wolhusen

Zurückgezogen wurde das Postulat P 147 von Gaby Müller, Luzern, über die zwangsweise Rückkehr von Kosovo-Flüchtlingen (dringlich eingereicht).

Interpellationen

Schriftlich beantwortet wurden die Interpellationen

- I 22 von Alex Bruckert, Luzern, über Qualitätskontrollen bei Justizbehörden,
- I 129 von Damian Meier, Wolhusen, über die Kompetenzregelung zwischen Bund, Kanton und Gemeinden bei der Erteilung von Baubewilligungen bei Mobilfunkantennen,
- I 141 von Elmar Röhner, Gettnau, über die Wirtschaftsförderung/40 zusätzliche Arbeitsplätze bei der Kronospan gefährdet,
- I 98 von Josef Huber, Kriens, über die Auswirkungen des neuen Steuergesetzes auf die Besteuerung der Liegenschaftsbesitzer (Vermieter),
- I 117 von Anton Kunz, Grosswangen, über besondere Sozialzulagen/Doppelbezug im Amt für Volksschulbildung,
- I 138 von Klaus Wermelinger, Egolzwil, über einen möglichen zukünftigen Lehrermangel an den Volksschulen im Kanton Luzern

Einfache Anfragen

Schriftlich beantwortet wurden die Einfachen Anfragen

- E 21 von Heinz Dätwyler, Kriens, über Möglichkeiten der Bewirtschaftung privater Parkplätze,
- E 104 von Josef Huber, Kriens, über die Ergänzungsbotschaft B 49a des Regierungsrates an den Grossen Rat vom 9. Juni 1998